

II.
Staat und Bürger, Freiheit und Solidarität
– Politische Grundbegriffe im Kontext

Wohlfahrtsstaat als Grundbegriff politischer Theorie?

Frank Nullmeier

1. Einleitung

„Wohlfahrtsstaat“ (oder „Sozialstaat“, die Begriffe werden hier im Einklang mit der internationalen Literatur, aber im Unterschied zu den politischen Debatten in Deutschland – vgl. Gabriel und Reutter 2017 – synonym verwendet) ist bisher kein Grundbegriff der Politischen Theorie. Er gehört nicht zu den Kategorien, die in den namhaften Werken der politikwissenschaftlichen Subdisziplin Politische Theorie tragende Bedeutung erhalten haben. Von einer Sozialstaatsdebatte in der Politischen Theorie kann ebenso wenig die Rede sein. Weder gilt der Wohlfahrtsstaat als normativ ausgezeichnete und/oder hoffnungsvolle Institutionalisierung sozialer Freiheit und Gleichheit noch als verdammenswertes Objekt einer Kritik, die seine Abschaffung verlangt. Auch eine bloße kategoriale Gleichbehandlung – schließlich sind Bezeichnungen für unterschiedliche Staatstypen meist Grundbegriffe der Politikwissenschaft – findet auf der Ebene Politischer Theorie nicht statt. Und gleichwohl ist die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung eines der am weitesten entwickelten Gebiete der Politikwissenschaft auf internationaler Ebene. Doch was dort an Theoriebildung im Rahmen von Policyforschung, Internationaler Politischer Ökonomie oder Vergleichender Politikwissenschaft erfolgt, findet keinen Resonanzboden in der Politischen Theorie – und dies in beinahe allen Theorieströmungen, während umgekehrt diese Sozialstaatsanalysen sich selten auf Anregungen aus der Politischen Theorie einlassen.

Diese auf ein Nein zugespitze Antwort auf die Frage, ob „Wohlfahrtsstaat“ aktuell ein Grundbegriff einer als Subdisziplin der Politikwissenschaft verstandenen Politischen Theorie sei, soll im Folgenden in einem kursorischen Durchgang, mit sicherlich vielen Lücken und Mängeln, plausibilisiert werden. Dabei ist die Überzeugung leitend, dass die begriffliche Nachrangigkeit des Wohlfahrtsstaates kein wünschenswerter Zustand sein kann. Vielmehr ist die Bedeutung des Ideen-, Interessen- und Institutionenkomplexes Wohlfahrtsstaat für die Analyse der heutigen Gesellschaft und denkbarer Transformationspfade so groß, dass dieser nachrangige

Stellenwert in der Politischen Theorie einer Vernachlässigung eines wesentlichen Teils politischer Realität nicht nur in Staaten des Globalen Nordens, sondern zunehmend auch in allen Teilen der Welt (Nullmeier/de Reufels/Obinger 2022) gleichkommt.

Die Gründe liegen nur zum Teil daran, dass bei der Begrifflichkeit Wohlfahrtsstaat bereits die Bezeichnung hoch umstritten ist. Die international vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung nutzt zur Kennzeichnung der Gesamtheit öffentlicher sozialpolitischer Institutionen, Maßnahmen und Regelungen den Terminus „welfare state“. In der akademischen Forschung ist dieser Begriff als analytischer Grundbegriff akzeptiert, der ein gewisses Mindestniveau sozialpolitischer Programme und Leistungen voraussetzt, in einer stärker normativen Fassung auch eine Verpflichtung des Staates auf die Gewährleistung und Sicherung sozialer Rechte (Kaufmann 2015). In vielen Ländern, die nach diesen Standards das wissenschaftliche Prädikat Wohlfahrtsstaat verdienen, wird der Begriff aber in der politischen Öffentlichkeit vermieden. Zu sehr vermittelt er möglicherweise das Bild eines allumsorgenden und bevormundenden Staates, eines „nanny state“ oder „Versorgungsstaates“. Auch in der Bundesrepublik Deutschland hat sich daher „Sozialstaat“ gegenüber „Wohlfahrtsstaat“ in langen politischen Auseinandersetzungen durchgesetzt, auch wenn in den letzten Jahren die Begriffsdebatten an Brisanz verloren haben. In vielen Ländern ist die landessprachliche Formulierung für „Wohlfahrtsstaat“ selbst aber Teil des politischen Streits. Ein eher neutral-deskriptiver Gebrauch wechselt sich manchmal auch im Zeitverlauf mit einer eher pejorativen Verwendung ab (Béland/Petersen 2015). Bezugnahmen auf „welfare“ werden in vielen Ländern mit Grund- und Armutssicherung assoziiert. In Japan sind „familial state“ oder die „welfare society“ weit positiver besetzte Begrifflichkeiten, ebenso wie „social support“, die allesamt den Wohlfahrtsmix betonen und nicht die Staatlichkeit der Sozialpolitik. Politiker in den USA und Japan können das Wort „welfare state“ bis heute nicht benutzen, ohne sich um ihre Wahlchancen zu bringen. Der Wohlfahrtsstaat wird in den jeweiligen nationalen Sprachen verteidigt und kritisiert.

Die Gründe für den fehlenden Stellenwert als Grundbegriff politischer Theorie sind noch aufzuklären. Sie könnten in der allgemeinen Begriffsgeschichte des Terminus gesucht werden (Abschnitt 2) und in der Disziplingeschichte der Politikwissenschaft (Abschnitt 3). Zudem ist zu untersuchen, ob es Phasen der Entwicklung Politischer Theorie gegeben hat, in denen es zu einer stärkeren Ausrichtung auf den Wohlfahrtsstaat gekommen ist (Abschnitt 4). Schließlich ist die These zu überprüfen, ob es je

spezifische Gründe in den einzelnen Strömungen Politischer Theorie gibt, Wohlfahrtsstaat nicht als Grundbegriff einzuführen (Abschnitt 5). Welche politischen Entwicklungen und innertheoretischen Problemlagen dazu führen könnten, der Wohlfahrtsstaatlichkeit einen höheren Stellenwert innerhalb der Politischen Theorie zu verschaffen, wird abschließend eruiert (Abschnitt 6).

2. Begriffs- und Ideengeschichte

Wohlfahrtsstaat ist ein junger Begriff. Er kann nicht auf die antike Philosophie zurückverfolgt werden oder auf Klassiker der Politischen Theorie in der Frühen Moderne. Die Bezeichnung „Wohlfahrtsstaat“ entstand auch nicht zusammen mit den Anfängen der (Arbeiter-)Sozialpolitik im letzten Drittel des 19. Jahrhundert. Vielmehr dominierte die Terminologie von „Soc(z)ialpolitik“ und „Sozialversicherung“ (Kaufmann 2003a). Seit dem Vormärz wird über die „soziale Frage“ bzw. „Arbeiterfrage“ debattiert, kulminierend in den Bestrebungen der Arbeiterbewegung für eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft. Dem stand das staatszentrierte und sozialintegrative Konzept sozialer Reform und sozialer Demokratie bei Lorenz von Stein (1850) gegenüber, der oft als Begründer des Sozialstaatsgedankens gilt. Jedoch weder der Aufstieg des „Bismarck-Modells“ der sozialversicherungszentrierten Sozialpolitik noch der des angelsächsischen „Beveridge-Modells“ in den 1940er-Jahren erfolgte unter dem Banner der Schaffung eines „welfare state“. Zwar lässt sich die Herkunft des deutschen Begriffs „Wohlfahrtsstaat“ auf den Nationalökonom und „Kathedersozialisten“ Adolph Wagner zurückführen, aber diese Formulierung blieb lange ohne Nachfolge. Vielmehr war es der in den USA unter Präsident Roosevelt entfaltete Begriff der „social security“, der nach 1945 über die Vermittlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einen hohen internationalen Verbreitungsgrad erreichte und den Durchbruch entfalteter Sozialprogramme in vielen westlichen Ländern begleitete (Kaufmann 2003a). Die Bezeichnungen Sozialstaat bzw. Wohlfahrtsstaat werden überall erst seit den 1950er-Jahren breit verwendet: Jüngere Forschungen (Petersen/Petersen 2013) zeigen, dass der Wohlfahrtsstaatsbegriff in Großbritannien selbst in der Hochzeit der sozialpolitischen Reformen in der direkten Nachkriegszeit nicht oft verwendet wurde. Erst nach der Reformperiode unter der Labour-Nachkriegsregierung setzte sich der Begriff „welfare state“ in Großbritannien durch. Ausgehend von den

bereits in der Weimarer Republik entwickelten Theorien Eduard Heimanns (1980, ursprünglich 1929) und Hermann Hellers (1930) bürgerte sich in der BRD der 1950er-Jahre Begriff und Konzept des Sozialstaates bzw. sozialen Rechtsstaates ein.

Eine politische Theorie des Wohlfahrtsstaates kann sich daher zwar eine eigene politische Ideengeschichte zuweisen, doch ideengeschichtliche Linien, die z.B. von Stein über Wagner, Schäffle, von Schmoller, Heimann, Heller und von Nell-Breuning reichen, sind nationale Entwicklungslinien (Kaufmann 2003b, 2015). Die Berührungspunkte zu anderen nationalen Entwicklungspfaden sind trotz des frühen und intensiven internationalen Austausches von sozialpolitischen Konzepten (Rodgers 1998) eher gering: So spielt z.B. die britische *Fabian Society* (Harris 2004) in der deutschen Begriffs- und Theoriegeschichte nur eine geringe Rolle. Wiewohl es eine Kanonisierung im Bereich der historischen Analyse von Wohlfahrtsstaatsystemen gibt („Bismarck-“ versus „Beveridge-System“), so fehlt es an einer internationalen Ideengeschichte des Wohlfahrtsstaates. Aber weder nationale noch eine (erst zu schreibende) internationale Ideengeschichte decken sich im größeren Umfang mit den modernen Klassikern der Politischen Theorie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Der „Wohlfahrtsstaat“ weist eine 150-jährige Ideengeschichte auf, es ist aber eine ihm eigene Ideengeschichte, die nur in geringerem Umfang mit der kanonisierten Geschichte politischer Ideen interferiert. Rekuriert die international vergleichende Sozialstaatsforschung auf ihre akademische Geschichte, so sind es Arbeiten und Autor*innen, die nur selten zum Kanon der Politischen Theorie gezählt werden: Am bekanntesten dürfte T.H. Marshall sein (1992), während Lord Beveridge als einer der Anstoßgeber der Schaffung des Wohlfahrtsstaates im Vereinigten Königreich verstanden wird, aber nicht als Theoretiker des Sozialstaates. Der schon erwähnte Eduard Heimann ist meist nur ‚Eingeweihten‘ bekannt. Und dass der deutsche Sozialstaat bei Hermann Heller vorgedacht wurde, verliert sich mit der wachsenden Distanz der heutigen Politikwissenschaft gegenüber der Staatsrechtslehre, die an ihrer Wiege stand. Zentrale Autoren der Wohlfahrtsstaatsanalyse wie Richard Titmuss (1968, 1974) oder Gösta Esping-Andersen (1990) werden nicht als Politische Theoretiker verstanden bzw. gezählt.

3. Disziplingeschichte

In der deutschen Politikwissenschaft erfolgte die Zuwendung zum Sozialstaat nicht direkt zu Beginn der Institutionalisierung des Fachs in den 1950er-Jahren, sondern erst Ende der 1960er-Jahre. Der entscheidende Antrieb, nach einigen politisch-soziologischen Arbeiten von sozialpolitischen Reformprozessen, war die Kritik des Sozialstaates als desjenigen Teils des Staatsapparates, der für das Ausbleiben politischer Opposition seitens der Arbeiterschaft verantwortlich war. Unter dem Einfluss der Studentenbewegung und der Marxismus-Renaissance wandte sich die Politikwissenschaft dem Sozialstaat im Modus radikaler Kritik zu. Die daraus resultierende „Staatsableitungsdebatte“ blockierte aufgrund ihrer funktionalistischen Herangehensweise mit der Konzentration auf die Frage, welche stabilisierenden Funktionen der Sozialstaat für das kapitalistische System erfüllt, zunächst eine detailliertere Betrachtung, auch wenn mit Rekurs auf die ältere Staatsrechtslehre Grundsatzfragen der Legitimation des Sozialstaates noch diskutiert wurden (Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975).

Die politische Krisentheorie, die Jürgen Habermas zusammen mit Claus Offe Anfang der 1970er Jahre entwickelte (Offe 1972; Habermas 1973), erlaubte ein Ausbrechen aus diesem ökonomistisch verengten Theorieansatz und lieferte die Grundlage für eine der am weitesten entwickelten Theorien des Sozialstaats: Jene von Claus Offe, die in einer Verbindung von positiver und normativer Theorie zwar marxistische Überlegungen aufgriff, aber mit der Annahme einer eigenständigen Rolle des Staates verband. Danach ist der kapitalistische Staat mittels keynesianischer Konjunkturpolitik in der Lage, Krisen der Ökonomie abzufedern und damit die zyklischen Bewegungen des Kapitals nicht mehr auf die Politik durchschlagen zu lassen. Die Konsequenzen für Akkumulation und Wachstum, aber auch für die Legitimation von Kapitalismus und demokratischem Staat sind bei Offe durchgehend thematisiert (Offe 2018). Er hat in vielen Aufsätzen seit den frühen 1970er-Jahren eine international intensiv rezipierte Staatstheorie vorgelegt, welche die Wohlfahrtsdimension als Kernelement moderner Staatlichkeit begriff und sie in einer ganz spezifischen Verbindung aus Marxismus, Rational-Choice-Theorie und makrosoziologischer Analyse in seinem konflikthaft-widersprüchlichen Zusammenspiel mit Demokratie und Kapitalismus untersuchte.

Offes politische Krisentheorie und auch die marxistische Staatstheorie drängten zunehmend in Richtung Konkretisierung anhand der Analyse einzelner Politikfelder oder Gesetzgebungen. Offe (1975) selbst steuerte

eine Analyse der Berufsbildungsreform bei, die jedoch – wie viele andere Studien auch – darin mündete, die konkreten Entscheidungsverläufe nur auf ein „Oszillieren“ zwischen Reform und konservativer Bewahrung zurückführen zu können, nicht auf identifizierbare strukturelle Grenzen der Handlungsfähigkeit des kapitalistischen Staates. Aus dieser und ähnlich gelagerten Erfahrungen in der Untersuchung von politischen Entscheidungs- und Steuerungsprozessen erwuchs in den 1980er-Jahren die Zuwendung zum Forschungsvorgehen der Policy-Analyse, die mit weit weniger Vorannahmen, aber mit einer soliden Analytik an die detaillierte Untersuchung von politischen Entscheidungsprozessen in einzelnen Politikfeldern heranging. Aus der Staatstheorie entstand so die Policyforschung, in der sich aber die Einzelergebnisse unterschiedlicher Befunde nicht mehr zu einer Theorie verdichteten. Die sich in diesem Zeitraum entfaltende vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung entkoppelte sich in den Folgejahren zunehmend von Politischer Theorie und folgte eigenen Theoriebahnen, die zunächst, wie der Machtressourcenansatz, noch in der marxistisch inspirierten Staatstheorie verankert waren, zunehmend aber durch Ansätze aus der Policy-Forschung erweitert wurden bis hin zum sogenannten „Heidelberger Ansatz“, entwickelt von Manfred G. Schmidt (2005). Da darin alle prominenten Theorien so zusammengeführt wurden, dass jede Theorie einen bestimmten Erklärungsfaktor für Sozialpolitik in den Vordergrund rückt, ließ sich die Überführung eines Theorienvergleichs in multifaktorielle quantitative Analysen bewerkstelligen. Mit dem Aufstieg der makroquantitativen Policy-Analysen ging die Verbindung zur Teildisziplin Politische Theorie aber weitgehend verloren.

Auf einer etwas anders gelagerten Entwicklungslinie nahm die Steuerungs- und Governance-Theorie (insbesondere in der Kölner Ausrichtung von Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf) Fragen auf, die vorher in der Staatstheorie verhandelt wurden. In der Debatte zwischen Scharpf und Niklas Luhmann, der im Rahmen seines systemtheoretischen Theoriegebäudes auch eine soziologische Wohlfahrtsstaatstheorie vorgelegt hatte (Luhmann 1981), auf dem Darmstädter Politologentag 1988 zum Thema „Macht und Ohnmacht politischer Institutionen“, erfolgte eine grundlegende Auseinandersetzung über die Reichweite sozialstaatlichen Handelns. Diese war eng mit der Frage verbunden, ob die Theoriebildung auf Systemtheorie oder spieltheoretisch informierte Institutionentheorie zurückgreifen sollte.

Die wirtschaftliche Krisenentwicklung Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre hatte den Aufstieg des Neokonservatismus und Neoliberalismus begünstigt und zu den Regierungswechseln in Großbritannien

zu Margaret Thatcher und in den USA zu Ronald Reagan geführt. Die Krise des Sozialstaates wurde ausgerufen und seine Zukunft stand in Frage. Das führte zu einem generellen Wechsel in der Fragerichtung der Theorie, weg von den Möglichkeiten und Grenzen einer Reform hin zur Untersuchung der Möglichkeiten, die Grundbestände der Sozialpolitik, die im „Goldenen Zeitalter“ nach 1945 erkämpft worden waren, zu sichern. Diese Entwicklungslinie hat sich seitdem durchgehalten. Auch wenn sich in dieser Kritik am Neoliberalismus, am Rückbau des Wohlfahrtsstaates und am Wohlfahrtschauvinismus und anderen Elementen rechtspopulistischer Programmatik weite Teile Politischer Theorie und der Sozialstaatsforschung trafen, sind kaum neue Verbindungen oder theoriebildende Effekte entstanden – geschweige denn eine neue Wohlfahrtsstaatstheorie. Auch die Zusammenführung der Negativbefunde zur Entwicklung westlicher Demokratien in dem Begriff der „Regression“ (Geiselberger 2017; Schäfer/Zürn 2021) hat hier keine Veränderung gebracht. Und dort, wo neue Herausforderungen des Sozialstaates wie Digitalisierung, demographische Veränderung, Migrationsbewegungen oder Klimakrise analysiert werden, verbleibt die politikwissenschaftliche Debatte in den Bahnen der Policyforschung ohne engeren Kontakt zur Politischen Theorie.

Auch im Neoliberalismus selbst ist „Wohlfahrtsstaat“ kein Grundbegriff. Er ist zentrales Objekt der Kritik – die leitenden Grundbegriffe sind jene, die sich aus der Markt- und Wachstumslogik und einem negativen Freiheitsbegriff speisen (Nozick 1974). Es ließe sich aber argumentieren, dass der Neoliberalismus in seiner Kritik wohlfahrtsstaatsfixiert bleibt. Bis 1990 konnte der Wohlfahrtsstaat immer als lediglich moderate Ausprägung des eigentlichen Feindes, eines potentiell totalitären sozialistischen Planwirtschaftssystems, verstanden werden und war somit nur eine Variante eines generellen antisozialistischen Denkens. Bis heute ist kaum zu entscheiden, ob bestimmte neoliberale Argumentationen sich einem speziellen Anti-Wohlfahrtsstaatsdenken verdanken oder aus der Ablehnung aller Varianten eines sozialistischen Wirtschaftssystems folgen.

Eine weitere Folge der „Krise des Sozialstaates“ war die Zuwendung der politiktheoretischen Analyse zu explizit normativen Fragen. Statt der Erklärung, warum es nicht zu einer sozialistischen Überwindung des Sozialstaates und des Kapitalismus gekommen war, interessierte nun, wie man den Sozialstaat gegen die Versuche einer umfassenden Vermarktlichung der Gesellschaft verteidigen könne. Erst jetzt entstand so etwas wie eine normative Sozialstaatsdiskussion in den Sozialwissenschaften (Sachße/Engelhart 1990, vgl. Nullmeier 2019). Bei Claus Offe nahm diese neue Ausrichtung

zusammen mit seiner These des „Endes der Arbeitsgesellschaft“ die Wendung hin zu einer universalistischen Sozialpolitik, dem „Garantismus“ mit seinen zwei praktischen Umsetzungsformen des bedingungslosen Grundeinkommens und des bedingungslosen Grundkapitals (Offe 2018). Die Widersprüche einer erwerbsarbeitszentrierten Sozialpolitik könnten, so Offe, durch ein alle Bürger*innen einbeziehendes System des Grundeinkommens überwunden werden. Gleichheit und Freiheit vom Arbeits- und Erwerbszwang fungieren dann als normative Eckpunkte der Sozialstaatstheorie, die nunmehr einen stärker programmatischen Charakter erhält. Ebenso wie bei Philippe van Parijs (2001; Gründer des Basic Income Earth Network BIEN; Vanderborght und Parijs 2005) nimmt die Theoriebildung eher aktivistischen Charakter an. Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre ist das bedingungslose Grundeinkommen *die* grundlegende Alternative zu sozialversicherungsbasierten Sozialsystemen, über deren „schleichende Transformation“ (Heinze/Schupp 2022) auf nationaler Ebene aktuell gestritten wird.

Die gerechtigkeitstheoretische Debatte mit den Protagonisten Rawls, Nussbaum, Sen, Walzer und Nozick wurde in der bundesdeutschen Politikwissenschaft erst um die Jahrtausendwende intensiver auch zur Analyse sozialpolitischer Fragen aufgegriffen. Praktisch gleichzeitig wandte sich die Gerechtigkeitstheorie jedoch von der Diskussion von Verteilungsthemen ab (so des Rawlsschen Differenzprinzips, Rawls 1971). Es standen in der Folge Themen kultureller Differenz sowie die Frage internationaler politischer Gerechtigkeit im Zentrum, bevor eine wachsende Kritik des Rawlsschen normativen Konstruktivismus und Idealismus einsetzte, die jedoch nicht zu einer wechselseitigen Bereicherung von Sozialpolitikforschung und Gerechtigkeitstheorie beitrug. Allein in zwei Punkten trug die Post-Rawls-Diskussion zur Theoriebildung bei. Erstens: Die Annahme, dass Rawls eine Art sozialdemokratische Theorie des Wohlfahrtsstaates für die USA entworfen habe, wurde widerlegt (O’Neill and Williamson 2012). Es zeigte sich, dass Rawls’ Zielkonzeption ein liberaler Sozialismus oder eine Property-Owning Democracy waren, womit seine Gerechtigkeitstheorie nun als Kritik des Sozialstaates verstanden werden konnte. Zweitens engagierte sich mit Thomas W. Pogge ein direkter Schüler von John Rawls in den frühen 2000er-Jahren für eine Theorie globaler Gerechtigkeit, die die Frage der Verteilung zwischen Nord und Süde ins Zentrum rückte (Pogge 2008; Pogge/Moellendorf 2008).

4. Die 1980er Jahre als Blütezeit der Sozialstaatstheorie

Den Höhepunkt der Theoriebildungsbemühungen zum Sozialstaat stellten die 1980er-Jahre dar. Schon Mitte der 1970er-Jahre war auch jenseits der weltweiten Resonanz der "Theory of Justice" von John Rawls (1971) ein größeres Interesse der Politischen Philosophie an sozialen und sozialpolitischen Fragen sichtbar geworden. Die Kritik am Sozialstaat, wie sie bei Robert Nozick (1974) oder von Seiten der neoliberalen Ökonomie formuliert wurde, traf mit der Krise des sozialpolitischen Reformprozesses im Großbritannien der 1970er-Jahre zusammen. Der Sozialstaat, lange unangefochten und ohne ausführliche Debatten über sein Wesen und seine Grundlagen in Finanzen, Programmen und Leistungen expandierend, geriet in Bedrängnis. Zu seiner Verteidigung waren nun explizite Darlegungen seiner normativen Grundlagen verlangt. Die Regierungsübernahme durch Margaret Thatcher im Jahre 1979 verschärfte und politisierte die Auseinandersetzung gerade auch im akademischen Sektor. Mit der Studie "Political Philosophy and Social Welfare. Essays on the Normative Basis of Welfare Provisions" von Raymond Plant, Harry Lesser und Peter Taylor-Gooby (1980) setzte ein enges Zusammenwirken von Politikwissenschaft, politischer Philosophie und Sozialpolitikforschung ein, die die nun über Großbritannien hinausreichende akademische Diskussion in den 1980er-Jahren bestimmte (u.a. Weale 1983). Drei Ansätze seien hier ausführlicher dargestellt.

1. Insbesondere „need“ als bisher weithin unhinterfragte Schlüsselkategorie der (angelsächsischen) Sozialstaatslegitimation rückte in den Vordergrund der Debatte. Die sich ebenfalls in den 1980er-Jahren entfaltende „Philosophy of Needs“ (u.a. Braybrooke 1987) wurde von Seiten der Politischen Theorie und Wohlfahrtsstaatsanalyse aufgegriffen. Seitdem erfolgten die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in einer Art Co-Evolution zwischen den Disziplinen der Politischen Theorie, Wohlfahrtsstaatsforschung und Sozialphilosophie bzw. Politischer Philosophie. Diese Konstellation verlor sich aber bereits in den 1990er-Jahren wieder, womit auch die Sozialstaatsfrage aus den Grundlagendiskussionen der Politischen Theorie langsam verschwand. Den weitestgehenden Versuch einer Rechtfertigung eines objektiven universalen Sets an Basic Human Rights unternahm Len Doyal und Ian Gough 1991 in einer umfangreichen Monographie. Sie zeigten auch, dass alle politischen Theorien mindestens implizit auf Konzeptionen von „need“ zugreifen müssen. In "personal autonomy" und "phy-

sical survival” werden zwei bedürfnisbasierte Komplexe identifiziert, die als universalisierbar und objektiv vorrangig auszuweisen sind:

“It makes sense, therefore, to claim that since physical survival and personal autonomy are the preconditions for any individual action in any culture, they constitute the most basic human needs – those which must be satisfied to some degree before actors can effectively participate in their form of life to achieve any other valued goals” (Doyal/Gough 1991: 54).

Damit entfalten die beiden Autoren eine Maximalversion eines starken, universellen und objektiv spezifizierbaren Bedarfs-Begriffs. Ian Gough hat seinen Need-based-Approach später in den ersten konsequenten Entwurf einer ökologischen Sozialstaatstheorie (auch eher mit programmatischem Charakter) überführt (Gough 2017).

2. Dagegen arbeitete Robert E. Goodin an einer „need“-kritischen Variante der normativen Wohlfahrtsstaatstheorie. Er sah 1988 in der Rechtfertigung eines entwickelten Welfare State mittels Kategorien von „equality“, „community“ und „needs“ nur eine verfehlte Strategie der alten Linken, die an den neuen neoliberalen Entwürfen gescheitert sei. Gegen die Old Left wie die neoliberale New Right wollte Goodin eine Rechtfertigung für einen minimalen Sozialstaat ausarbeiten, die so offen sein sollte, dass ein expansiverer Staat noch möglich blieb (Goodin 1988: 16ff.). Mit Argumenten der Philosophen Harry Frankfurt und Joel Feinberg versuchte Goodin alle Versuche zu widerlegen, die Priorität von „needs“ über „wants“ aufzuzeigen und staatliche Intervention für zwingend zu erachten, wenn „needs“ durch den Markt nicht erfüllt werden. Goodins eigener Begründungsversuch stützte sich auf die Begriffe „vulnerability“, „dependency“ und „exploitation“. In „Protecting the Vulnerable“ aus dem Jahre 1985 hatte Robert Goodin einen ersten Anlauf in diese Richtung unternommen. In den Vordergrund rückt ein schädigender, die Verantwortung tragender Akteur: Denn „vulnerability“ liegt nur vor, wenn A abhängig ist von B und von B auch geschädigt werden kann (Goodin 1985: 112). In der Rückschau ist durchaus problematisch: Ausgehend von einem marxistischen Begriff der „exploitation“ ergeben sich große Schwierigkeiten bei der argumentativen Rechtfertigung des Sozialstaates. Für diejenigen, die gar nicht erst in den Erwerbsprozess hineingelangen und mithin auch nicht ausgebeutet werden können, die aber dennoch gerade als „needy“ gelten können, weil ihnen alle Subsistenzmittel fehlen, lässt sich mit einem marxistischen „exploitati-

on“-Begriff nichts für eine Sozialstaatsbegründung gewinnen. Aber obwohl eine der Zielsetzungen der Goodinschen Konstruktion mittels „dependency“ und „exploitation“ darin bestand, Charles Murray (1984) und dessen populärer Kritik des Wohlfahrtsstaates über den Terminus der “welfare dependency” entgegenzutreten, konnte sich sein Verständnis von „dependency“ als asymmetrischer Machtbeziehung auch jenseits von Marktkontexten nicht durchsetzen.

3. Vor dem Hintergrund der Verbindung von Kritischer Theorie und feministischer Theorie hat Nancy Fraser einen konstruktivistischen Zugang zu „need“ als Kernbegriff der Sozialstaatsbegründung vorgeschlagen (1994), der auch in Kontrast steht zu Doyal/Goughs Ansatz. Basic Needs sind nach Fraser Konstruktionen, die sich in einem politischen Prozess durchsetzen müssen, um die gekämpft wird, die eine Art Waffe im Diskurs darstellen. Statt “inherent needs” als universelle, objektiv aufzeigbare menschliche Forderungen zu postulieren wie Doyal/Gough, setzte mit Fraser’s Beitrag zur “politics of need interpretation“ eine Denklinie ein, die auf interpretierte Bedürfnisse zielte. Die Überführung in eine konstruktivistische Perspektive lässt empirisch meist nur die Rekonstruktion politischer Prozesse in machtkritischer Perspektive zu oder die strategische Nutzung des Begriffs im politischen Kampf. Aber es wird keine neue, den „need“-Begriff transzendierende Begründungsressource eingebracht: Die normative Debatte schlägt in eine machtkritisch-diskursive Analyse um.

In der Soziologie setzte sich die Verbindung von Theoriebildung und Sozialstaatsanalyse in den Konzepten des „Dritten Weges“ sowie der „aktivierenden“ oder „investiven“ Sozialpolitik in der Zeit nach der Jahrtausendwende durch (u.a. Giddens 1998), aber in der Politikwissenschaft erlahmte die Theorie-Debatte. Betrachtet man speziell die Gesellschaftstheorie, so ist dort das Interesse am Sozialstaat gesunken. In den intensiv diskutierten Entwürfen von Hartmut Rosa (2016) und Andreas Reckwitz (2019; Reckwitz/Rosa 2021) kommt – trotz vieler wichtiger Einsichten zur Sozialstruktur und der politischen Folgen sozialer Ungleichheit – dem Sozialstaat keine für die Theoriearchitektur relevante Rolle zu. Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Stephan Lessenich, der sich bewusst in die Tradition Claus Offes stellt (Borchert/Lessenich 2016), aber um die Analyse der Ausbeutung der Natur als Grundlage von Wachstum und Sozialstaatlichkeit erweitert (Lessenich 2016).

5. Die Rolle des Wohlfahrtsstaates in Kritischer Theorie, Poststrukturalismus und Postmarxismus

Die Entgegensetzung politischer Alternativen, hier sozialreformerische Umgestaltung bei Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaft, dort Umwälzung in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft haben eine positive Referenz auf Wohlfahrtsstaatlichkeit für weite Teile einer kritischen, antikapitalistischen politischen Theorie verhindert. Das galt für die ältere Kritische Theorie bei Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse, es gilt in bestimmter Form auch noch für Axel Honneth und Rainer Forst, um nur zwei wichtige Vertreter der Kritischen Theorie heute zu nennen. Es gilt aber auch für Theorien, die sich aus dem Poststrukturalismus und der Foucault-Rezeption heraus entwickelt haben bis hin zu postkolonialen Theorien und zur radikalen Demokratietheorie in der Tradition von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1985) oder Jacques Rancière (2002). Letztlich wird der Sozialstaat als System zur Stützung der herrschenden Zustände interpretiert. Auch wenn sich der Wohlfahrtsstaat vielleicht gleichermaßen als ein nie eingelöstes und einlösbares „Versprechen“ analysieren ließe wie z.B. Demokratie, so hindern „Wohlfahrt-“ – als ein nicht herrschaftskritischer Wertbegriff – und „-staat“ – als Verkörperung eines institutionellen Komplexes – an einer derartigen Verortung. Dem Wohlfahrtsstaat als einem paternalistischen, herrschaftsstabilisierenden und nicht auf Selbstorganisation angelegten Institutionenkomplex eine zumindest transformativ bedeutsame Rolle zuzuschreiben und ihn näher zu analysieren, erscheint in der Tradition der Kritischen Theorie kaum möglich.

Ein im Jahre 1985 veröffentlichter Aufsatz (Habermas 1985: 141ff.) bildet eine der wenigen expliziten Stellungnahmen von Jürgen Habermas zur Sozialstaatlichkeit: Der Sozialstaat erscheint als alternativlose Entwicklungsstufe des politischen Systems, zugleich aber auch als nicht weiter fortsetzbares Vorhaben:

„...die sozialstaatlichen Institutionen kennzeichnen in nicht geringerem Maße als die Einrichtungen des demokratischen Verfassungsstaates einen Entwicklungsschub des politischen Systems, zu dem es in Gesellschaften unseres Typs keine erkennbare Alternativen gibt – weder im Hinblick auf die Funktionen, die der Sozialstaat erfüllt, noch im Hinblick auf die normativ gerechtfertigten Forderungen, denen er genügt. ... Es ist gerade die Alternativenlosigkeit, vielleicht sogar Irreversibilität dieser immer noch umkämpften Kompromißstrukturen, die uns heute vor das

Dilemma stellen, daß der entwickelte Kapitalismus ebensowenig ohne den Sozialstaat leben kann – wie mit dessen weiterem Ausbau. Die mehr oder weniger ratlosen Reaktionen auf dieses Dilemma zeigen, daß das politische Anregungspotential der arbeitsgesellschaftlichen Utopie erschöpft ist“ (Habermas 1985: 152).

Auch in der habermasschen Theorie bleiben die Grundmuster der Sozialstaatskritik und -abwendung erhalten.

Deliberative Demokratietheorien wie jene von Jürgen Habermas (1992) stellen Verfahren und deren Fähigkeit, argumentativen Austausch zu fördern, in den Mittelpunkt der Theorie. Stark interessen- und konfliktbezogene politische Prozesse verlaufen oft in Verhandlungen und enden in Kompromissen, so insbesondere auch in der Sphäre industrieller Beziehungen, speziell der Tarifverhandlungen. Diese Formen der Aushandlung kollektiver Interessen sind die Grundlage jenes Klassenkompromisses, der die Entfaltung des Wohlstandsmodells nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht hat. Gegenüber diskursiven Verfahren haben interessenzentrierte Formen politischer Auseinandersetzung ein grundlegendes Defizit, auch wenn die Habermassche Theorie Kriterien für Rationalitätsgewinne von Kompromissen angeben kann. Soziale Ungleichheiten zwischen den Diskussionsbeteiligten erschweren die Möglichkeit rationaler Diskurse. Die Verringerung sozialer Ungleichheit steht aber nicht im Zentrum dieses Typs von Demokratietheorie, der keinen wirklichen Ort für politisch erkämpfte soziale Anerkennung hat. Theorien deliberativer Demokratie sind auf prozeduraler Ebene wohlfahrtsstaatsfern. Im Unterschied dazu ist es recht problemlos möglich, eine normative Theorie des Wohlfahrtsstaates zu entwickeln, die dafür plädiert, die Verfahren innerhalb des Sozialstaates deliberativ-prozedural umzustrukturieren.

Für Axel Honneth (2011, 2015) bleibt die Absicherung gegen soziale Risiken ebenso ambivalent wie für Jürgen Habermas – der Wohlfahrtsstaat besitze einen

„Doppelcharakter, weil er einerseits die Lohnabhängigen dank der Generierung von sozialer Sicherheit zu einer individuellen Form des Selbstwertgefühls verhilft, andererseits aber deren Vergemeinschaftung aufgrund seiner desozialisierenden Effekte doch wieder verhindert“ (Honneth 2011: 429).

Sozialpolitik schaffe nur rechtliche Freiheit, aber nicht die erstrebte soziale Freiheit als höchste Stufe der Entfaltung demokratischer Sittlichkeit.

Konsequenz der vorrangig rechtlichen Institutionalisierung von Freiheitsansprüchen in staatlicher Sozialpolitik sei die Schwächung kollektiver, assoziativer Formen der Selbstorganisation. Eine kollektive Organisation von unten in Gemeinschaftsformen komme der Konzeption sozialer Freiheit näher als die realhistorische Absicherung der Erwerbstätigen in einem System des Sozialrechts. Soziale Freiheit sei auf Formen der Gemeinschaftsbildung jenseits des Staates ausgerichtet, jedenfalls jenseits der bloßen Zusage von subjektiven Rechten, die nur neue Sphären privater, nicht weiter befragbarer Räume monologischer Selbstvergewisserung konstituieren. Das Konzept sozialer Freiheit realisiert sich bei Honneth nur in einer Ordnung, die als „Sozialismus“ bezeichnet werden kann. Auch wenn die Konkretisierungen dessen, was Honneths experimentellen Sozialismus im Einzelnen ausmachen soll, in „Die Idee des Sozialismus“ (2015) keineswegs sehr radikal anmuten, wird „Sozialismus“ zu einem Grundbegriff der Theorie und „Sozialstaat“ nur zu einem nachgeordneten Kritikobjekt. Eine Vermittlung beider in einer Theorie des Transformationsprozesses, wie sie am Anfang der Sozialstaatstheorie etwa bei Eduard Heimann zumindest angedacht ist, fehlt – trotz des doch reformerischen Charakters des angestrebten Sozialismus.

Bei Rainer Forst speist sich die Sozialstaatskepsis aus einem radikaleren Politikverständnis, aber vor allem einer Ablehnung eines nur Verteilungs- statt Machtfragen bearbeitenden Gerechtigkeitsbegriffs. In „Zwei Bilder der Gerechtigkeit“ (Forst 2011: 29-52) unterscheidet Forst in Fortführung von Iris Marion Youngs Kritik des Distributionsparadigmas (Young 1990) ein güter-, zustands- und verteilungszentriertes Verständnis von Gerechtigkeit von einem politischen Verständnis von Gerechtigkeit, das auf die Machtstrukturen der Rechtfertigung sozialer Verhältnisse zielt. Das Verständnis von Gerechtigkeit als distributiver Gerechtigkeit in der Tradition des *sum cuique* gilt als verengt und irreführend – und mit ihm die Wohlfahrtsstaatlichkeit. Er ist die aktuelle Form jener „Verteilungsmaschine“ (Forst 2015: 172), die die Bürger*innen in eine passive Empfängerrolle drängt und politische Machtfragen, d.h. Fragen der Herrschaft über die Produktion und diskursive Ermittlung von Ansprüchen auf Güter und Ressourcen, gar nicht mehr stellt. Sich auf den Wohlfahrtsstaat theoretisch einzulassen, heißt danach, nur noch Verteilungsfragen zu stellen statt Fragen von Macht und Herrschaft. Wie bei Rawls mit dem Übergang zur politischen Gerechtigkeitstheorie ist auch Forsts Akzentuierung eines politischen Gerechtigkeitsbegriffs – bei grundlegenden Unterschieden in der Theorieanlage – mit einer Abwendung von Sozialstaatsfragen verbunden.

Dagegen kann argumentiert werden, dass aufgrund der Ubiquität sozialen Vergleichens in beinahe jeder sozialen und politischen Handlung ‚Verteilungs‘-Fragen mindestens thematisiert werden. Es sind aber nicht unbedingt güterbezogene Verteilungsfragen, sondern Fragen der Anerkennung und der Verteilung von Macht – der Chance gehört und gesehen zu werden und Wertschätzung zu erfahren. Dann sind aber Verteilungs- und Machtfragen nicht so strikt zu trennen wie bei Rainer Forst. Und dadurch erhielte auch der demokratische Wohlfahrtsstaat eine ganz andere theoretische Stellung als unvollkommene Realisierung des Versuchs, (Rechtfertigungs-)Machtfragen, Verteilungs- und Anerkennungsfragen gleichzeitig zu beantworten (Nullmeier 2000).

Aus Sicht der radikalen Demokratietheorie in der Tradition von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (1985) stellt eine Theorie des Sozialstaates eine letztlich affirmative Form der Theoriebildung dar, da hier die Kontingenz des Politischen durch ein bestimmtes institutionelles Modell stillgestellt wird. In den Begriffen von Rancière (2002) steht eine Sozialstaatstheorie auf Seiten der „Polizei“ und nicht der „Politik“. Die institutionelle Form drängt im Theorieaufbau Kontingenz und Unsicherheit zurück zugunsten der Erwartung von Kontrolle, eine Form der „Versicherheitlichung“, die nur scheitern könne (Flügel-Martinsen und Martinsen 2022: 77). Auch in der politiktheoretischen Denklinie Judith Butlers ist die institutionelle Gestalt des Wohlfahrtsstaates kaum ein Thema. Mit den in ihren neueren Schriften prominenten Grundkategorien von Interdependenz, Abhängigkeit, Verletzbarkeit und Gefährdung ergeben sich aber Anknüpfungsmöglichkeiten für eine Sozialstaatsanalyse, auch wenn nur die Brüchigkeit des institutionellen Arrangements sozialer Sicherheit betont werden kann (Butler 2020).

Aus der feministischen Theorie kommen darüber hinaus mindestens drei Argumentationslinien, die für den Stellenwert des Sozialstaatsbegriffs in der Politischen Theorie hochrelevant sind.

1. In einer ersten Argumentationslinie wird die Kritik des Wohlfahrtsstaates empirisch ausgearbeitet. Die jeweils zugrundeliegenden Geschlechterverhältnisse, die geschlechterpolitischen Normvorstellungen (meist mit dem Familienernährermodell als lange Zeit geltendem Standard) und die sozialpolitische Bearbeitung der Care-Arbeit werden vorrangig betrachtet. Die jüngsten Forschungen gehen hier in die Richtung, den Wandel der familiären Konstellationen und die komplexen Verschiebungen in den Formen von Geschlechterungleichheit vergleichend aufzuarbeiten (Daly 2020).

2. Nancy Frasers Beiträge haben vor allem in den 1980er- und 1990er-Jahren (1994, 2001) empirienahe Analysen mit theoretischen Weichenstellungen verbunden. So ist die Diskussion um das Zusammenspiel oder Gegeneinander von Umverteilungs- und Anerkennungsfragen (Fraser und Honneth 2003) ein zentraler theoretischer Versuch, Überlegungen zusammenzutragen, die die Spaltung in eine traditionelle Linke und eine neue ‚identitätspolitisch‘ ausgerichtete Linke zu vermeiden helfen. Ein Modell eines Wohlfahrtsstaates, das Anerkennung und Umverteilung integrieren kann, ist daraus jedoch nicht entstanden.
3. Die theoretisch wirksamere Argumentation war die von Iris Marion Young: Ihr Angriff auf das Verteilungsparadigma war derart fundiert, dass eine vornehmlich auf Verteilung basierende Gerechtigkeitstheorie argumentativ nicht mehr zu verteidigen war. In „Justice and the Politics of Difference“ (1990) zeigte sie, dass im Verteilungsparadigma strukturelle und politische Formen der Herrschaft nicht hinlänglich erfassbar waren. Eine Anwendung des Verteilungsbegriffs auf Machtungleichheiten sei aber nicht zulässig, weil sie an der zu individualistischen Anlage des Verteilungsdenkens nichts ändere. Stattdessen müsse eine politische Gerechtigkeitstheorie bei fünf nicht weiter reduzierbaren Grundformen der Unterdrückung beginnen: Ausbeutung, Marginalisierung, Machtlosigkeit, kulturelle Beherrschung und Gewalt. Verbindet sich mit dieser Argumentation eine Abwendung von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Verteilungsfragen, so bietet das später von ihr entwickelte „Social Connection Model“ als Neufassung des Haftungs- und Verantwortungsbegriffs neue Möglichkeiten der Entwicklung regulierter sozialer Ökonomien unter stärkerer Einbeziehung auch der Konsumentenseite (Young 2011).

Die Sozialstaatskritik, die sich durch die meisten Varianten der Kritischen Theorie zieht, hat auch politische Folgen, wie mittlerweile weithin anerkannt wird. So hat Rahel Jaeggi in einem Gespräch mit Nancy Fraser (2020) die politische Rolle der linken Kritik im Prozess der Delegitimierung des Sozialstaates und des Verlustes der sozialdemokratischen Hegemonie herausgearbeitet:

„Man könnte auch die Kritik der Linken am Sozialstaat als einen Faktor bei dieser Wandlung hinzunehmen. Eine Kritik an der Disziplinargesellschaft, an der Verwaltungsmacht hat sich immer schon auf die normalisierenden Tendenzen des Sozialstaats, auf die Bürokratisierung und so weiter konzentriert. Eine Variante dieser Kritik findet man aber auch bei Habermas in seiner Darstellung der ‚Verrechtlichung‘ und ‚Koloniali-

sierung der Lebenswelt. War es also nicht so, dass die Kritik der Linken und der Neoliberalismus zu einem bestimmten Zeitpunkt Hand in Hand gingen oder konvergierten? Die Grünen, die Idee der Subsidiarität, selbst die Idee der Zivilgesellschaft sind wahrscheinlich an einem bestimmten Punkt Teil der Delegitimierung des Sozialstaats gewesen, als sie sagten, ‚Organisieren wir uns in sozialen Bewegungen: nehmen wir unsere Probleme in die eigene Hand.‘ Zwanzig Jahre nach dieser Bewegung können wir auch ihren Nachteil erkennen, den Nachteil der Kritik am Staat, der hier vorhanden war“ (Jaeggi in Fraser/Jaeggi 2020: 117; Übersetzung korrigiert F.N.).

Dem wäre nur hinzuzufügen, dass diese Form der Kritik, die in ihren Einzelementen wie Normalisierung, Bürokratisierung, Verrechtlichung und Paternalismus durchaus zutreffend ist, auch für die Entwicklung der Politischen Theorie hochproblematisch war, weil sie eine analytische Durchdringung des Themas Wohlfahrtsstaatlichkeit lange Zeit eher behindert denn befördert hat.

6. Aussichten eines Begriffs

Die Möglichkeiten, den Begriff „Wohlfahrtsstaat“ zu einem Grundbegriff der Politischen Theorie ‚aufzurücken‘ zu lassen, hängen sicherlich von realpolitischen Entwicklungen ab, aber auch von größeren Umbauten im den dominanten Theoriegebäuden. Der Klimawandel und seine Interferenz mit sozialer Ungleichheit und internationalen Machtverhältnissen werden Anstöße geben, stärker als in den letzten beiden Jahrzehnten, auch in der Politischen Theorie Fragen der sozialen bzw. sozialökologischen Ungleichheit zu thematisieren.

Ein neuer theoretischer Hintergrund für solche Suchbewegungen könnten die Postwachstumstheorien (als Überblick: Schmelzer/Vetter 2019) sein. Aktuell konzipieren Theorien Wohlfahrtsstaatlichkeit als ein eng mit dem Wachstumsregime verbundenes Institutionensystem. Nicht anders als die kapitalistische Marktwirtschaft ist auch der Sozialstaat auf die Fortsetzung des Wachstumspfades angewiesen; er ist insofern ein Anhängsel des Wachstumsregimes, das nur innerhalb desselben seine Wirkung entfalten kann, und nicht das Potential besitzt, über es hinauszuführen. Und in der Tat vollzieht sich der internationale Aufstieg des Wohlfahrtsstaates nach dem Zweiten Weltkrieg parallel zu dem Anstieg der Naturzerstörungen. Der Sozialstaat hat entscheidend dazu beigetragen, klimaschädlichen

und naturzerstörerischen Wohlstand zu verallgemeinern. So kann auch diese Theorierichtung sich in einer bloßen Kritik der Sozialstaatlichkeit ergehen. Ertragreicher wird die Theoriedebatte erst dann, wenn es gelingt, die Ungleichheitsdynamiken mit den erforderlichen Transformationen der Lebens- und Arbeitsweisen sowie der Veränderung der Konsummuster und Produktionsregime zusammenzudenken. Vielleicht kommt einem „Ökosozialstaat“ als Begriff für eine Transformationsphase dann größere theoretische Bedeutung zu.

Literatur:

- Béland, Daniel/Petersen, Klaus (Hg.) 2015: *Analysing Social Policy Concepts and Language. Comparative and Transnational Perspectives*. Bristol, Chicago: Policy Press.
- Blanke, Bernhard/Jürgens, Ulrich/Kastendiek, Hans 1975: *Kritik der Politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft*. 2 Bände. Frankfurt, New York: Campus.
- Borchert, Jens and Stephan Lessenich 2016: *Claus Offe and the Critical Theory of the Capitalist State*. New York, Milton Park: Routledge.
- Braybrooke, David 1987: *Meeting Needs*. Princeton: Princeton University Press.
- Butler, Judith 2020: *Die Macht der Gewaltlosigkeit. Über das Ethische im Politischen*. Berlin: Suhrkamp.
- Daly, Mary 2020: *Gender Inequality and Welfare States in Europe*. Cheltenham, Northampton, MA: Edward Elgar.
- Doyal, Len and Ian Gough 1991: *A Theory of Human Need*. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Esping-Andersen, Gösta 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Flügel-Martinsen, Oliver und Franziska Martinsen 2022: Radikaldemokratische Freiheit und das Abenteuer demokratischer Politik. In: Nonhoff, Martin/Haunss, Sebastian/Klenk, Tanja/Pritzlaff-Scheele Tanja (Hg.), *Gesellschaft und Politik verstehen*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 65-79.
- Forst, Rainer 2011: *Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse. Perspektiven einer kritischen Theorie der Politik*. Berlin: Suhrkamp.
- Forst, Rainer 2015: *Normativität und Macht. Zur Analyse sozialer Rechtfertigungsordnungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy 1994: *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy 2001: *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy und Axel Honneth 2003: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy/Jaeggi, Rahel 2020: *Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie*. Herausgegeben von Brian Milstein, Berlin: Suhrkamp.

- Gabriel, Karl und Hans-Richard Reuter (Hg.) 2017: *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland. Konfessionen – Semantiken – Diskurse*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Geiselberger, Heinrich (Hg.) 2017: *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony 1998: *The Third Way. The Renewal of Social Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Goodin, Robert E. 1985: *Protecting the Vulnerable. A Reanalysis of Our Social Responsibilities*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Goodin, Robert E. 1988: *Reasons for Welfare. The Political Theory of the Welfare State*. Princeton: Princeton University Press.
- Gough, Ian 2017: *Heat, Greed and Human Need. Climate Change, Capitalism and Sustainable Wellbeing*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Habermas, Jürgen 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1985: *Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harris, Bernard 2004: *The Origins of the British Welfare State. Society, State and Social Welfare in England and Wales, 1800-1945*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Heimann, Eduard 1980: *Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heller, Hermann 1930: *Rechtsstaat oder Diktatur?* Tübingen: Mohr.
- Honneth, Axel 2011: *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Honneth, Axel 2015: *Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*. Berlin: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2003a: *Die Entstehung sozialer Grundrechte und die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung*. Paderborn u.a.: Schöningh.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2003b: *Sozialpolitisches Denken. Die deutsche Tradition*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2015: *Sozialstaat als Kultur*. Wiesbaden: Springer VS.
- Laclau, Ernesto Chantal Mouffe 1985: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York: Verso.
- Lessenich, Stephan 2016: *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Berlin: Hanser.
- Luhmann, Niklas 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München, Wien: Olzog.
- Marshall, Thomas H. 1992: *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Herausgegeben, übersetzt und mit einem Vorwort versehen von Elmar Rieger. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Murray, Charles 1984: *Losing Ground. American Social Policy 1950–1980*. New York: Basic Books.

- Nozick, Robert 1974: *Anarchy, State, and Utopia*. New York: Basic Books.
- Nullmeier, Frank 2000: *Politische Theorie des Sozialstaats*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Nullmeier, Frank 2019: Begründungen des Wohlfahrtsstaates. In: Obinger, Herbert/Schmidt, Manfred G. (Hg.), *Handbuch Sozialpolitik*, Wiesbaden: Springer, S. 57-75.
- Nullmeier, Frank, González de Reufels, Delia/Obinger, Herbert (Hg.) 2022: *International Impacts on Social Policy. Short Histories in a Global Perspective*. Cham: Palgrave Macmillan.
- O'Neill, Martin/Williamson, Thad (Hg.) 2012: *Property-Owning Democracy. Rawls and Beyond*. Malden, MA, Oxford: Wiley-Blackwell.
- Offe, Claus 1972: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Offe, Claus 1975: *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Offe, Claus 2018: *Der Wohlfahrtsstaat und seine Bürger. Ausgewählte Schriften von Claus Offe* Band 2, Wiesbaden: Springer VS.
- Parijs, Philippe van 2001: *What's Wrong With A Free Lunch?* Boston: Beacon Press.
- Petersen, Klaus/Petersen, Jörn Henrik 2013: Confusion and Divergence: Origins and Meanings of the Term 'Welfare State' in Germany and Britain, 1840-1940. In: *Journal of European Social Policy* 23(1), S. 37-51.
- Plant, Raymond/Lesser, Harry/Taylor-Gooby Peter (Hg.) 1980: *Political Philosophy and Social Welfare. Essays on the Normative Basis of Welfare Provisions*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Pogge, Thomas 2008: *World Poverty and Human Rights. Cosmopolitan Responsibilities and Reforms*. Second Edition. Cambridge, Malden, MA: Polity Press.
- Pogge, Thomas/Moellendorf, Darrel (Hg.) 2008: *Global Justice: Seminal Essays. Global Responsibilities*. St. Paul: Paragon House.
- Rancière, Jacques 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rawls, John 1971: *A Theory of Justice*. Cambridge (MA), London: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Reckwitz, Andreas 2019: *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reckwitz, Andreas und Hartmut Rosa 2021: *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* Berlin: Suhrkamp.
- Rodgers, Daniel T. 1998: *Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age*. Cambridge (MA): The Belknap Press of Harvard University Press.
- Rosa, Hartmut 2016: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Sachße, Christoph und H. Tristram Engelhardt (Hg.) 1990: *Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schäfer, Armin/Zürn, Michael 2021: *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp.

- Schmidt, Manfred G. 2005: *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmelzer, Matthias und Andrea Vetter 2019: *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Stein, Lorenz von 1850: *Geschichte der socialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*. 3 Bände, Leipzig: Otto Wigand.
- Titmuss, Richard M. 1968: *Commitment to Welfare*. London: George Allen & Unwin.
- Titmuss, Richard M. 1974: *Social Policy. An Introduction. Edited by Brian Abel-Smith and Kay Titmuss*. London: Unwin Hyman.
- Vanderborght, Yannick und Philippe Van Parijs 2005: *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Weale, Albert 1983: *Political Theory and Social Policy*. London, Basingstoke: The Macmillan Press.
- Young, Iris Marion 1990: *Justice and the Politics of Difference*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Young, Iris Marion 2011: *Responsibility for Justice*. Oxford, New York: Oxford University Press.

